

Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Orwell 2.0](#)
2. [Eurokrise](#)
3. [Lettland könnte ein zweites Zypern werden](#)
4. [Jens Berger - Ein Tropfen auf dem heißen Stein](#)
5. [Wachstumsförderung in Europa: Leere Worte des IWF](#)
6. [Rücksichtslosen Bankern droht in Großbritannien Gefängnis](#)
7. [Gehälter von US-Vorstandschefs: Der Abstand wird größer](#)
8. [JVA Offenburg: 500.000 Euro Mehrkosten wegen Teilprivatisierung](#)
9. [Aufschwung dank Hochwasserschäden: Wiederaufbau bringt Wachstumsplus für Flutgebiete](#)
10. [Studie: Schutzfristen lassen Bücher verschwinden](#)
11. [Wie die „WirtschaftsWoche“ Jugendliche aufhetzt](#)
12. [Testkäufe und Repressalien: So jagt Aldi alte und teure Mitarbeiter vom Hof](#)
13. [Tennisberichterstattung in Deutschland](#)
14. [Globales Korruptionsbarometer 2013: Medien werden erstmals als korrupter wahrgenommen als Öffentliche Verwaltung und Parlament](#)

Vorbemerkung: Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, [dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.](#)

1. **Orwell 2.0**

a. **“Die NSA darf in Deutschland alles machen”**

Geschichtsprofessor Josef Foscith hat dokumentiert, wie umfangreich die USA seit den Anfängen der Bundesrepublik die Kommunikation kontrollieren. Im Interview erklärt er, wieso die US-Geheimdienste auch nach der Wiedervereinigung freie Hand haben – und warum NSA-Whistleblower Edward Snowden auf keinen Fall nach Deutschland kommen sollte.

Quelle: [Süddeutsche Zeitung](#)

b. **Anhörung zur Vorratsdatenspeicherung beim EuGH: Gordischer Argumentationsknoten**

Bei der Anhörung zur Vorratsdatenspeicherung vor dem Europäischen

Gerichtshof (EuGH) verheddern sich die Befürworter in der selbstgestrickten Falle. [...]

Die Befürworter haben also die Wahl, entweder als Trickser dazustehen, die über Bande Grundrechte eher als Nebensache behandelt haben; oder als diejenigen, die eine Richtlinie mit vorangebracht haben, deren Sinn und Zweck verfehlt wurde, was dann die Frage aufwirft, was die Richtlinie überhaupt bringen soll. Entweder die Länder speichern sowieso, dann ist die Richtlinie nicht notwendig, oder die Länder speichern eben nicht sowieso, dann müsste eine Regelung getroffen werden, die hinreichend auch auf Aspekte wie Datenschutz... eingeht. Wie sich bei der Anhörung zeigte, haben sich die VDS-Befürworter in eben dieser selbstgestrickten Falle hoffnungslos verheddert; was letztendlich der EuGH dazu sagen bzw. wie er urteilen wird, wird sich erst in einigen Monaten zeigen, doch schon jetzt ist klar, dass die VDS-Freunde keine gute Figur gemacht haben.

Quelle: [Telepolis](#)

dazu: Kleinkriminelle statt Terroristen

Vor dem Europäischen Gerichtshof wird nun darüber verhandelt, ob die Vorratsspeicherung gegen Grundrechte verstößt. Wie auch immer das Verfahren ausgeht, eines ist schon heute klar: Der Nutzen ist äußerst fragwürdig. [...]

Denn jetzt wissen wir zumindest schon mal eines: Die Regierungen haben uns all die Jahre an der Nase herumgeführt! Denn keine Sicherheitsbehörde hat durch die Daten auf Vorrat einen Terroranschlag verhindert. Dabei war uns genau das immer versprochen worden. Aber statt Terroristen zu stoppen, werden Stalker enttarnt, Diebe gefasst und Drogensüchtige geschnappt. Das war' s. Die Vorratsdatenspeicherung als Fahndungsinstrument im Kampf gegen Kleinkriminelle. Geht' s noch?!

Dreist übrigens, wie einige EU-Staaten-Rechtsvertreter in Luxemburg auftraten: Durch das Speichern und Auslesen von Daten könne ja nicht nur die Schuld, sondern auch die Unschuld nachgewiesen werden. Wo bitte sehr leben wir denn? Eine Antwort darauf hatte die EU-Kommission. Wir leben alle in Rechtsstaaten. Deshalb geht sie davon aus, dass mit der Vorratsdatenspeicherung kein Schindluder betrieben wird. An dieser Stelle recht schöne Grüße nach Ungarn.

Quelle: [WDR2 Klartext](#)

c. Frank Schirrmacher - Am Lügendetektor

Gefangen im digitalen Stromkreis: Die algorithmisch aufgerüstete Informationsökonomie macht aus pathologischen Verhaltensweisen Normen für die Gesellschaft. Wie lange wollen wir das noch verantworten? [...]

Der Bürger will Schutz vor einem übermächtigen Staat ebenso wie Schutz vor einem völlig unkontrollierten Markt. Das Informationszeitalter erlebt die Verschmelzung von beiden und, konsequent im Morgengrauen von Big Data, die Verschmelzung von Mensch und Maschine. Die unstrukturierten Daten, die die elektronische Zahnbürste, das individuelle Bremsverhalten, die Bewegung („iPhones können jeden Menschen an seinem Gang identifizieren“, sagt die CIA) mit der Kommunikation von Menschen und ganzen Gesellschaften vernetzen, eröffnen ein nie dagewesenes strategisches Spiel.

Quelle: [FAZ](#)

d. **Sascha Lobo - Wer lesen kann, kann auch schreiben**

Die Phalanx der Abwiegler, Herunterspieler und Ungerührten formiert sich. Ist doch nicht schlimm, wenn die Geheimdienste uns überwachen, sagen sie. Dabei verkennen sie die Dimension dessen, was uns droht: Wer Daten abzweigt, kann sie auch manipulieren. [...]

Nachrichtendienste haben offenbar einen umfassenden Lesezugriff. Was aber ist mit einem Schreibzugriff? Projekte wie der Bundestrojaner zeigen, dass Datenmanipulation für Nachrichtendienste nichts grundsätzlich Unvorstellbares ist. Es ergibt sich so eine völlig neue Dimension des Missbrauchs. Prism und Tempora dürfen nicht nur vor dem aktuell bekannten Stand der Technologie diskutiert werden. Die zukünftige Entwicklung muss mitberücksichtigt werden, ohne sich in Verschwörungstheorien zu verlieren.

Es geht um die Frage, ab welchem Punkt sich ein Rechtsstaat durch systematische, heimliche Überwachung selbst pervertiert. Die Antwort darauf ist nicht trivial. Aber wer diese Frage angesichts der Enthüllungen durch Edward Snowden gar nicht erst diskutieren möchte, weiß entweder nicht, wie tief die digitale Vernetzung bereits in das Leben ausnahmslos aller Menschen eingreift. Oder er verhält sich antidemokratisch, indem er ohne umfassende Kenntnis der Vorgänge und Technologien vorseilend Unbedenklichkeitsbescheinigungen ausstellt.

Quelle: [SPIEGEL Online](#)

e. **Wieso zeigt mir GMX nackte Frauen?**

Manchmal fragt man sich schon, was die Firmen von einem denken, die Banner für Bauchwegwerbung oder Tankini-Trends schalten. Eine Ermittlung.

Man kann herausfinden, welche dieser Firmen auf den Seiten aktiv sind, die man besucht. Man muss dafür nur ein Programm namens Ghostery in seinem Firefox Browser installieren, dann erscheint eine lila Liste mit Namen wie AdSpirit, Doubleclick oder Addition. Diese Unternehmen verteilen die Werbung auf den Internetseiten.

Der größte Anzeigenverteiler in Deutschland neben Googles Werbeabteilung Doubleclick heißt Addition. Ich finde Spuren von Addition mit Hilfe von Ghostery auch bei GMX. In Düsseldorf, wo Addition sitzt, lasse ich mir erklären, wie das mit der Werbung funktioniert...

Quelle: [taz](#)

f. Pepe Escobar - Snowden: towards an endgame

The working title of the Edward Snowden movie is still The Spy Who Remains in the Cold. Here's where we stand:

Snowden could only fly out of Hong Kong because China allowed it.

Snowden could only arrive in Moscow because Russia knew it - in co-operation with China. This is part of their strategic relationship, which includes the BRICS group (along with Brazil, India and South Africa) and the Shanghai Cooperation Organization. No official source though would ever confirm it.

With the Latin American offers of asylum (Venezuela, Bolivia, Nicaragua; even Uruguay would consider it), we're approaching the clincher: Moscow is now calculating whether - and how - to help [...]

Meanwhile, the US intelligence gambit of intercepting a non-adversarial presidential plane spectacularly backfired in true Mad magazine Spy vs Spy fashion. Obama had said he would not "scramble fighter jets" to catch Snowden; of course not, just ground them. [...]

The by now famous tweet by Alexei Pushkov, chairman of the foreign affairs committee at the Duma, and very close to President Vladimir Putin, about Venezuela's offer of asylum being Snowden's "last chance", has been misinterpreted. Rather than a measure of Russia's exasperation, it should be seen as a measure of trepidation. Caracas did receive an extradition request from Washington. Venezuela President Nicolas Maduro said it has already been rejected. Caracas also received an asylum request from Snowden. [6]

Maduro was clear; Snowden "will need to decide when he will fly here". If the movie does become Our Man in Caracas, it's up to Moscow to make it happen. Snowden can't fly through Havana, overflying European and very close to US airspace. Obama may "scramble jets" after all.

Putin's previous statement of offering asylum to Snowden as long as he stopped leaking was clearly designed to appease an enraged Obama administration. But is he prepared to authorize the smuggling of Snowden to South America in a Russian strategic bomber (or, better yet, a nuclear submarine)? And still there's no guarantee Our Man in Caracas would not be whacked, sooner or later, by a CIA contractor. The ball is now in Russia's court.

Quelle: [Asia Times](#)

2. Eurokrise

a. **Verzweifelte Immobilienschuldner in Spanien: Der Weg der Rettungsmilliarden für Spaniens Banken**

Glückliche Investoren, hoch verschuldete Immobilienbesitzer: So könnte die Kritik an dem Rettungspaket für spanische Banken zusammengefasst werden. Denn die Milliarden fließen gleich weiter an die Gläubiger. Viele betroffene Spanier müssen sich zudem mit Kreditaufkäufern herumschlagen. Der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich zufolge hatten deutsche Banken im Jahr 2008 Forderungen gegenüber Spanien in Höhe von 315 Milliarden US-Dollar. Rechnet man Irland und Italien dazu, waren deutsche Banken in den drei Krisenländern mit fast 600 Milliarden US-Dollar beteiligt. Diese Summe ist inzwischen auf rund 208 Milliarden US-Dollar zurückgegangen. Die ausländischen Banken haben auf keinen Cent, den sie in Spanien investiert haben, verzichten müssen. Auch nicht auf die Zinsen. Während sich die Lage der überschuldeten Familien, Arbeitslosen und Sparer in Spanien auch nach der Bankenrettung kaum gebessert hat, scheinen sich die Investitionen der Geldgeber auf dem spanischen Immobilienmarkt hingegen gelohnt zu haben. Finanzmarktexperte Juan Ignacio Crespo meint: Die Rettung spanischer Banken habe einen europaweiten Bankencrash mit schwerwiegenden Folgen auch für Deutschlands Finanzsystem verhindert und somit Spaniern wie Deutschen geholfen. Auf die Frage nach der Gerechtigkeit hat er allerdings eine ernüchternde Antwort: "Wenn man einem Rentner das Ersparnis abnimmt, gerät das System natürlich nicht in Gefahr. Das ist das Teuflische an dieser Situation. Wer hingegen Bankia viele Milliarden gegeben hat, ist ein Risiko fürs System. Er wird viel besser behandelt werden, als jemand, der dort ein Sparbuch hat. Diesen Satz kennt doch jeder: Wenn Du der Bank 6.000 Euro schuldest, hast Du ein Problem. Wenn Du ihr sechs Milliarden Euro schuldest, hat die Bank ein Problem."

Quelle: [Deutschlandradio \[Audio - mp3\]](#)

b. **Kredit gegen Kahlschlag**

Die Euro"retter" setzen Griechenland ein Ultimatum: Bis zum 19. Juli müssen tausende Staatsbedienstete gehen, sonst gibt es keine neuen Hilfskredite. Damit wollen sie Entschlossenheit demonstrieren – dabei sind Schäuble & Co. vier Jahre nach Beginn der Krise mit ihrem Latein am Ende. „Jobs and growth“ – mit diesem Slogan wirbt die EU für ihre „Strategie 2020“. Doch in Griechenland und den andern Krisenländern der Eurozone gilt er offenbar nicht. Dort heißt es: Kahlschlag heute für Wachstum morgen – vielleicht. Denn bisher haben sich die Euro"retter" mit allen Prognosen blamiert – auch und gerade in Griechenland. Die Schuldenquote stieg von 129 Prozent zu Beginn des Schuldendramas 2009

auf geschätzte 179 Prozent in diesem Jahr. Die Wirtschaft schrumpfte um mehr als 20 Prozent – so etwas gab es bisher nur in Kriegszeiten.

Und die Arbeitslosigkeit verdreifachte sich auf dem „guten Weg“ von 9 Prozent in 2009 auf derzeit fast 27 Prozent. (...) Bis Ende 2013 müssen 25.000

Staatsbedienstete in eine Transfergesellschaft versetzt werden. Von dort aus sollen sie binnen einen Jahres einen neuen Job erhalten – oder sie werden endgültig rausgeschmissen. (...) Die sozialen Spannungen dürften nach länger anhalten. Denn der längst versprochene, immer wieder verschobene Aufschwung wird wohl auch 2014 wieder auf sich warten lassen. Die Troika rechnet gerade mal mit einem bescheidenen Wachstum von 0,6 Prozent. Und selbst das steht noch in den Sternen, wie die Experten aus IWF, EU-Kommission und EZB selbst einräumen. Der wirtschaftliche Ausblick bleibe „unsicher“, heißt es in dem Bericht...

Quelle: [Lost in EUrope](#)

c. Portugal und Griechenland in der politischen Krise oder wie das Ende beginnen könnte

Oft werde ich gefragt, wie man sich vorzustellen hat, dass die Eurokrise einen Punkt erreicht, an dem es nicht mehr weiter geht und ein Auseinanderbrechen der Eurozone droht. Nun, vergangene Woche bewegte sich die Währungsunion ganz nah an einem solchen Punkt, weil die Regierungen in Portugal und Griechenland in Gefahr waren, ihre Mehrheiten in den Parlamenten und damit ihre Handlungsfähigkeit zu verlieren. Zwar fand sich in letzter Minute in beiden Ländern eine politische Lösung, aber das ist eher Zufall als System.

Wenn die Troika fortfährt, ungeachtet der dramatischen Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in ganz Europa, ihr Konditionen für Rettungsprogramme mit der Drohung des Geldentzugs durchzusetzen, muss in den Ländern immer wieder neu ausgelotet werden, ob der point of no return gekommen ist oder nicht. Wenn die Schließung eines staatlichen Rundfunks nicht ausreicht, vielleicht ist es die Entlassung von mehreren tausend Staatsbediensteten, die das Fass zum Überlaufen bringt. Bricht dann eine europatreue Regierung auseinander und folgen Neuwahlen, werden irgendwann (das ist nur eine Frage der Zeit) Kräfte an die Macht kommen, die nicht mehr bereit sind, die Troika-Konditionen zu akzeptieren.

Quelle: [Flassbeck Economics](#)

d. Zypern: de facto insolvent

[...] Für 2013 wird laut zyprischer Zentralbank ein nominales BIP von 16,400 Mrd. Euro erwartet (-8,3% zum Vorjahr), was einer Nettoauslandsverschuldung in Q1 in Höhe von -126,9% des nominalen BIPs von 2013 entsprechen würde.

Noch Ende 2007, also unmittelbar vor Einführung des Euro zum 01.01.2008 wies das NIIP (Net International Investment Position) ein Nettoauslandsvermögen von +11,7% des nominalen BIPs aus. So schnell ist wohl noch nie eine Volkswirtschaft in den Orkus (Status) einer de facto Insolvenz gestürzt.

Quelle: [Querschuesse](#)

3. **Lettland könnte ein zweites Zypern werden**

Lettland tritt der Eurozone bei. Dabei macht die lettische Steuerpolitik das Land gefährlich. Es könnte in die Fußstapfen Zyperns treten und die nächste Steueroase in der EU werden.

Quelle: [Frankfurter Rundschau](#)

4. **Jens Berger - Ein Tropfen auf dem heißen Stein**

Der Gipfel gegen Jugendarbeitslosigkeit hat sein Ziel verfehlt. Solange man die Austeritätspolitik nicht in Frage stellt, hat die verlorene Generation keine Perspektive

Quelle: [Der Freitag](#)

passend dazu: Überweisungen nach Riga

Lettland kann zum 1. Januar kommenden Jahres den Euro einführen. Die EU-Finanzminister billigten am Dienstag mehrere Rechtsakte, die die Aufnahme ins gemeinsame Währungsgebiet ermöglichen. Doch die meisten Bürger sind keineswegs begeistert darüber – aus gutem Grund. [...]

„Der Euro wird nicht anders eingeführt als das Christentum im 12. Jahrhundert“, spitzt Ilgvars Misans sarkastisch zu. Er ist Historiker an der Rigaer Universität und meint: „Die Obrigkeit bestimmt: Das ist gut fürs Volk. Also muss es gemacht werden. Fertig.“ Das sei kein demokratisches, sondern ein geradezu mittelalterliches Vorgehen. [...]

Die Regierung hat den Bürgern stattdessen ein schmerzhaftes Sparprogramm zugemutet. Löhne und Gehälter sanken massiv, weil sie an die tatsächliche Produktivität des Landes gebunden wurden. [...] Die Letten reagierten auf andere Weise. Zehntausende, vor allem qualifizierte junge Leute, verließen das Land Richtung Westen. Seit Beginn der Krise 2008 war das jeder zehnte Lette. Noch dramatischer wird es, wenn man eine andere Perspektive wählt: Ein Viertel aller Letten im Alter bis 40 Jahre arbeitet heute in einem anderen EU-Land. Die Regierung kann nur darauf hoffen, dass sie wenigstens einen Teil ihrer Euro-Einkünfte nach Hause überweisen.

Quelle: [Berliner Zeitung](#)

5. **Wachstumsförderung in Europa: Leere Worte des IWF**

Der IWF spielt willig beim Kahlschlag in Griechenland mit

In der Eurokrise agiert der Internationale Währungsfonds derzeit mit einer

Doppelbödigkeit, die ihresgleichen sucht. Am Dienstag verlangte IWF-Chefökonom Olivier Blanchard verstärkte Anstrengungen von der Politik, um die Krise zu überwinden. Um aus dem Konjunkturtal zu finden, müssten die Industrieländer "wachstumsfördernde Politik betreiben", mahnte Blanchard. Überhastete Einsparungen seien nicht nötig, stattdessen empfahl er eine Strategie zur "mittelfristigen" Senkung der Staatsschulden.

Keine 24 Stunden davor hat der Währungsfonds deutlich gemacht, was er unter Wachstumsförderung versteht: Montagabend haben sich der Fonds und die Euroländer darauf verständigt, weitere Milliardenhilfen nach Athen zu überweisen. Als Bedingung dafür müssen bis Ende Juli 4200 griechische Beamte in eine Beschäftigungsgesellschaft wechseln, bis Jahresende sollen es 25.000 sein

Quelle: derStandard.at

6. **Rücksichtslosen Bankern droht in Großbritannien Gefängnis**

Schatzkanzler George Osborne unterstützte den Vorschlag einer Kommission, die Konsequenzen aus der Bankenkrise ausgearbeitet hatte. Das Gremium war nach dem Skandal um die Manipulation des international wichtigen Zinssatzes Libor im vergangenen Jahr einberufen worden. Entsprechende Gesetze sollen im Herbst vorgelegt werden. "Das Verhalten einiger Banker hat das Ansehen eines ganzen Industriezweigs mit Hunderttausenden Angestellten beschädigt, der eine wesentliche Bedeutung für unseren wirtschaftlichen Erfolg hat", teilten Finanzminister George Osborne und Wirtschaftsminister Vince Cable mit. "Die Regierung ist entschlossen, die Standards im Bankensektor zu heben und ein stärkeres und sichereres Bankensystem zu schaffen", sagte Osborne. So soll der neue Straftatbestand des "rücksichtslosen Fehlverhaltens" von Bankern in hohen Positionen geschaffen werden. Wer dessen schuldig befunden wird, dem droht auch eine Haftstrafe. Außerdem soll die Auszahlung von Boni für Banker künftig bis zu zehn Jahre gestundet werden, um allzu riskantes Verhalten zu verhindern und die Vergütung besser an den tatsächlichen Erfolg anzupassen. Mit Blick auf Boni soll außerdem festgelegt werden, dass diese zu hundert Prozent zurückgezahlt werden müssen, falls Banken vom Staat gerettet werden.

Quelle: [SZ](#)

Anmerkung Orlando Pascheit: Zunächst einmal gilt es festzuhalten, dass Schatzkanzler George Osborne versucht, einen Kommissionsvorschlag wählergerecht zu präsentieren. Was dann wirklich in ein Gesetz gegossen wird, dürfte die Interessen des Bankenstandorts London nicht unberücksichtigt lassen. Der Vorsitzende der Kommission sowie des Finanzausschusses im Unterhaus, der Tory-Politiker Andrew Tyrie kritisierte, dass bereits bei der Beratung der Regierungsantwort im Unterhaus

zentrale Vorschläge der Parlamentarier verworfen bzw. verwässert wurden – z.B. bei der Abgrenzung spekulativer von kundenorientierten Bankgeschäften und dem vorzuhaltenden Eigenkapitalanteil im Verhältnis zu Bilanzsumme. Und was den Straftatbestand des “rücksichtslosen Fehlverhaltens” von Bankern betrifft, sollten wir erst einmal abwarten, bis so etwas justiziabel formuliert ist – wahrscheinlich bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag.

7. Gehälter von US-Vorstandschefs: Der Abstand wird größer

Laut einer neuen Studie des Economic Policy Institutes bekommen Vorstandschef viel größere Gehaltserhöhungen als ihre Mitarbeiter. Inzwischen verdienen sie im Schnitt 273 Mal so viel wie einfache Arbeiter. Zwischen 1978 und 2012 ist das Gehalt der Topmanager um 875 Prozent gestiegen. Das ist doppelt so schnell wie der gesamte Aktienmarkt und vor allem deutlich schneller als der Lohnanstieg von gerade mal 5,4 Prozent, den ein durchschnittlicher Arbeiter in Amerika im gleichen Zeitraum geschafft hat.

Quelle 1: [SZ](#)

Quelle 2: [EPI.org](#)

Anmerkung Orlando Pascheit: Das ‘promised land’ lässt grüßen, das Land, in dem Milch und Honig nur für wenige Auserwählte fließen. Es grüßt die Spitzenmanager des europäischen Großkapitals, die auch hierzulande auf dem besten Wege sind, zum amerikanischen Vorbild aufzuholen.

8. JVA Offenburg: 500.000 Euro Mehrkosten wegen Teilprivatisierung

Einen finanziellen Vorteil hat sich das Land Baden-Württemberg seinerzeit von der Teilprivatisierung der JVA Offenburg erhofft – doch daraus wird nichts. Durch sie entstehen dem Land 500.000 Euro Mehrkosten.

Quelle: [Badische Zeitung](#)

Anmerkung unseres Lesers B.K.: Anders als bei Wasser und Gesundheitsversorgung lässt sich beim Knast kaum mehr zu Lasten der “Kunden” an der Qualität des “Produkts” sparen, um die Rendite zu maximieren und um (buchungstechnisch) die Privatisierung als Erfolg darzustellen.

Da private Betreiber sich aber nicht mit Kostendeckung begnügen, sondern Gewinne sehen wollen, werden sie PPPs ganz einfach nur dann eingehen, wenn sie zu den bisherigen staatlichen (und künftig privaten, aber wie hier absehbar nicht senkbaren) Kosten eine attraktive Gewinn-Marge draufschlagen können.

Für den Steuerzahler also wieder einmal Privatisierung als Draufzahl-Geschäft nach Ansage. Konnte wirklich kein Experte der Regierung sagen, dass die Privatisierung für den Staat als Auftraggeber hier teurer wird als die Eigenregie? Oder konnte einfach mal wieder nicht sein, was (ideologisch) nicht sein darf?

9. Aufschwung dank Hochwasserschäden: Wiederaufbau bringt Wachstumsplus für Flutgebiete

Die von der Flut geschädigten Bundesländer Bayern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen können sich durch die Beseitigung der Flutschäden auf ein spürbares Plus beim Wirtschaftswachstum einstellen. Der Konjunktexperte Udo Ludwig vom Institut für Wirtschaftsforschung Halle sagte dem FOCUS: „Aufgrund der Erfahrungen aus dem Flut-Jahr 2002 rechnen wir mit einem zusätzlichen deutlichen Konjunkturschub in den von der Flut betroffenen Bundesländern, der schon ab dem zweiten Halbjahr 2013 spürbar werden wird.“ Vor allem beim Baugewerbe, verarbeitenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor, etwa bei Ingenieur- und Architektenleistungen sei mit einem Plus zu rechnen. Im Jahr 2002 verzeichneten laut Ludwig die geschädigten Länder Sachsen, Bayern und Sachsen-Anhalt Wachstumsraten zwischen 1,6 und 1,9 Prozent – entgegen dem bundesdeutschen BIP-Wachstum von damals null Prozent.

Quelle: [Focus](#)

Anmerkung Orlando Pascheit: *Man sieht schon, wie andere Bundesländer begierig auf ihre Flüsse starren, in der Hoffnung auf wachstumssteigernde Hochwasserschäden. Wie glücklich doch Bangladesch sein muss (!?) – Es ist schon erstaunlich oder vielleicht gerade nicht, wie diese Meldung ohne jede Kommentierung durch die Medien geisterte.*

10. Studie: Schutzfristen lassen Bücher verschwinden

Das Urheberrecht in Verbindung mit jahrzehntelangen Schutzfristen sorgt dafür, dass Bücher aus dem Handel und damit der Öffentlichkeit verschwinden. Zu diesem Ergebnis kommt nun eine Studie, in der die Verfügbarkeit von Büchern, gestaffelt nach dem Veröffentlichungsjahr für die USA untersucht wird. Ihr zufolge ist die Zahl der verfügbaren Titel etwa aus den 1920er-Jahren deutlich niedriger als die der Titel aus dem Jahrzehnt davor. Grund dafür sei, dass Werke, die in den USA vor 1923 erstmals veröffentlicht wurden, gemeinfrei (Public Domain) sind. Dagegen endet für später veröffentlichte Werke die Schutzfrist erst nach 95 Jahren oder aber (seit 1976) 70 Jahre nach dem Tod des Urhebers.

Für die Studie seien mehr als 2300 Bücher aus dem Sortiment des Online-Händlers

Amazon zufällig ausgewählt worden. Es habe sich dann gezeigt, dass darunter deutlich mehr aus den 1850er-Jahren waren als aus dem Jahrzehnt nach 1950. Lässt man die geschätzte Gesamtzahl an jeweils jährlich veröffentlichten Titeln einfließen, sind die Unterschiede noch größer. Das strafe die Behauptung Lügen, nur bei urheberrechtlich geschützten Werken würde es sich lohnen, sie zu verkaufen. Stattdessen Sorge der Urheberrechtsschutz dafür, dass Bücher bereits nach wenigen Jahren aus dem Handel verschwinden.

Quelle: [Heise](#)

11. **Wie die „WirtschaftsWoche“ Jugendliche aufhetzt**

Durch Zufall bin ich jetzt erstmals auf das Heft „WirtschaftsWoche Schule: Einfacher, als du denkst (2/2013)“ gestoßen, das der regulären WiWo (Nummer 27, vom 1.7.2013) beiliegt. Das Heft widmet sich auf 17 redaktionellen Seiten den Schulden. Thematisiert wird die ganze Bandbreite von privaten Schuldenfallen von Jugendlichen, über Verbindlichkeiten von Fußballclubs bis natürlich die aktuelle EU-Krise. [...] Und letzteres auf so abenteuerliche Weise, dass ich inständig hoffe, dass niemals ein Schüler dieses Presseergebnis zu Gesicht bekommt.

Eine Bildergeschichte in zehn Akten, versehen mit je einem kleinen Text, versucht die Schuldenkrise der Euro-Zone zu erklären – liefert aber nur tiefsitzenden Ressentiments gegenüber Südeuropäern Zündstoff.

Das fängt schon bei den Bildern an. Die Nordeuropäer sind freilich alle blond und schlank. Der dargestellte Südländer trägt Schnurrbart und dunkle Haarpracht. Während die germanische Frau das Haus putzt oder gerade von der Arbeit kommt, liegen die faulen Mittelmeeraanrainer im Liegestuhl oder cruisen mit ihrem neuen Mercedes durch die Gegend.

Die Story ist schnell wiedergegeben. Nord- und Südfamilien wollen in ein gemeinsames Haus (symbolisch für die Euro-Währungsgemeinschaft) ziehen, um Kosten zu sparen. Alle verpflichten sich, keine neuen Schulden zu machen. Doch aus dem Westen zieht ein Sturm (die Finanzkrise) auf, der das Haus beschädigt. Da der Südländer über seine Verhältnisse gelebt hatte, müssen nun die reichen Nordfamilien das Haus alleine reparieren.

Quelle: [senSATZionell](#)

12. **Testkäufe und Repressalien: So jagt Aldi alte und teure Mitarbeiter vom Hof**

Jeder Mitarbeiter ist grundsätzlich verdächtig. Das sei das Prinzip Aldi, sagt ein ehemaliger Manager des Discounters. Um teure Mitarbeiter loszuwerden, suche der Lebensmittelriese gezielt nach Abmahnungsgründen und lege Kassierer mit fiesen Testkäufen herein.

Quelle: [Focus](#)

passend dazu: Kleine Steuern und große Lügen

Schon lange lese ich die „Wirtschaftswoche“ nicht mehr. Kaum jemand erinnert sich, dass deren Vorgänger einst „Volkswirt“ hieß und eine richtig gute Zeitung war. Selbst die online-Version dieses Kampfblattes findet sich nicht auf meiner Lesezeichenleiste. Dagegen muss man, um zu wissen, wie der Mainstream tickt, immer mal wieder ins Handelsblatt schauen, das neben vielen Fehlschüssen auch ab und zu ins Schwarze trifft. Das Handelsblatt versucht wenigstens ein Mindestmaß an Seriosität zu wahren. Deswegen war ich schon erstaunt, am Dienstag eine wilde Revolvergeschichte über den Steuerbürger als „ausgequetschte Zitrone“ im Handelsblatt online zu lesen. Bis ich merkte, dass es eine Übernahme aus der Wirtschaftswoche war, war es zu spät.

Quelle: [Flassbeck Economics](#)

13. Tennisberichterstattung in Deutschland

Wolfgang Scheffler, Frankfurter Allgemeine (7. Juli 2013): „Das wichtigste Tennisturnier der Welt in Wimbledon wurde zum Minderheitenprogramm. Man darf gespannt sein, ob Sabine Lisicki bei ARD und ZDF einen Sinneswandel bewirkt hat.“ Zum Gesagten sei angemerkt: Schwand das öffentliche Interesse an Tennis nur, weil ARD und ZDF nicht mehr davon berichteten? Scheffler sieht an der Realität im sportiven Deutschland vorbei. Denn er stellt es so hin, als sei das Interesse für eine Sportart alleine von der Berieselung abhängig. Ist es aber nicht. Sport ist in Deutschland immer dann massentauglich, wenn es einen Deutschen gibt, der dort Erfolge einsammelt. Wäre Vettel nicht Schumacher gefolgt, wäre die Formel 1 nur noch eine Randnotiz. Der Radsport ist nach dem Abgang Ullrichs dort angelangt, wo er über Jahrzehnte war: Im öffentlichen Niemandsland. Sollte ein neuer Pedaleur mit Tour-Ambitionen aus Deutschland kommen, wird das Interesse plötzlich wieder entfacht und alle Doping-Schmähungen sind dann erst mal ausgeblendet. Eine Begeisterung der Massen für Tennis gab es in Deutschland nie. Es gab stets nur eine Begeisterung der Massen für „deutsches Tennis“. (...) Gleich wie, dass in den Kommentarspalten ausgerechnet jetzt Aufrufe zu mehr Tennis im Fernsehen zu lesen sind, hat nichts mit Liebe zum Sport zu tun, sondern das sind Ausformungen einer dümmlich chauvinistischen Wir-sind-wieder-wer!-Mentalität, die genau so lange herhält, wie es deutsche Erfolge darin gibt.

Quelle: [ad sinistram](#)

14. Globales Korruptionsbarometer 2013: Medien werden erstmals als korrupter wahrgenommen als Öffentliche Verwaltung und Parlament

Die Antikorruptionsorganisation Transparency International hat heute die Ergebnisse des Globalen Korruptionsbarometer 2013 vorgestellt. Die Bevölkerungsumfrage in 107 Ländern untersucht, wie korrupt einzelne Sektoren wahrgenommen werden. In

Deutschland schneiden auf einer Skala von eins (überhaupt nicht korrupt) bis fünf (höchst korrupt) Justiz (2,6), Polizei (2,7), aber auch das Bildungswesen (2,7) besonders gut ab.

Spitzenreiter - im negativen Sinne - sind die politischen Parteien (3,8) und die Privatwirtschaft (3,7). Auch weltweit werden die politischen Parteien am häufigsten als die korruptesten Institutionen wahrgenommen. Auffällig ist das vergleichsweise schlechte Abschneiden der Medien (3,6) in Deutschland. Sie rangieren erstmals hinter der Öffentlichen Verwaltung (3,4) und dem Parlament (3,4).

Nichtregierungsorganisationen liegen mit 3,0 Punkten im Mittelfeld.

Quelle: [Transparency International](http://www.transparency.org)